Anlage 2

Stellungnahme der Verwaltung zu den Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange, der Naturschutzverbände, des Beirates bei der Unteren Landschaftsbehörde und der Bürger aus dem Beteiligungsverfahren der 4. Änderung des LP III – Meerbusch / Kaarst / Korschenbroich -

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
1	Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes	<p>Die Bundeswasserstraßen sind nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) neben den Seewasserstraßen die dem allgemeinen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen. Die Bundeswasserstraßen stehen gemäß Art. 87 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. Art. 69 GG im Eigentum und in der Verwaltungszuständigkeit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen ist dem Bund als Hoheitsaufgabe übertragen (§ 7 Abs. 1 WaStrG), ebenso deren Aus- und Neubau (§ 12 Abs. 1 WaStrG). Eine Überplanung der dem allgemeinen Verkehr gewidmeten Bundeswasserstraßen einschließlich ihres Zubehörs ist grundsätzlich unzulässig, wenn dadurch die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung beeinträchtigt wird. Die der WSV verfassungsrechtlich zugewiesenen und durch Bundeswasserstraßengesetz sowie Binnenschifffahrtsgesetz konkretisierten Aufgaben dürfen nicht durch Landesplanung eingeschränkt werden. Dabei ist zu beachten, dass sich die hoheitlichen Aufgaben der WSV nicht nur auf das Gewässerbett ihrer Bundeswasserstraßen samt Ihren Ufern und Betriebswegen erstrecken, sondern darüber hinaus auch den für eine ordnungsgemäße Unterhaltung nach §§ 7 ff. WaStrG erforderlichen Uferstreifen erfasst. Es muss sichergestellt werden, dass zu jeder Zeit Uferunterhaltungs- und Nassbaggerarbeiten zur Unterhaltung des Rheins</p>	

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>durchgeführt werden können. Dazu zählen z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Freischneiden der Schifffahrtszeichen und Vermessungspunkte von Bewuchs • Unterhaltung der Schifffahrtszeichen und Vermessungspunkte • Gehölzpflege im Rahmen eines ordnungsgemäßen Mittelwasserabflusses • Unterhaltungsmaßnahmen an Bühnen und Böschungen, Mäharbeiten • Unterhaltungsarbeiten an Betriebswegen • Gehölzpflege im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht • Befahren der Ufergrundstücke mit Fahrzeugen, auch außerhalb von festen Wegen <p>Die durch die WSV geplanten Maßnahmen werden zwar in einer jährlichen Bereisung mit den Unteren Landschaftsbehörden abgestimmt, diese Abstimmung ist aber nicht als Voraussetzung zum Durchführen der Maßnahmen zu werten. Dass die Maßnahmen durch die WSV durchgeführt werden dürfen, ergibt sich, wie bereits oben beschrieben, aus den § 7 und 8 des Bundeswasserstraßengesetzes.</p> <p>Im Detail bedeutet dies für den Entwurf:</p> <p>Entwicklungsziel 1 (Pkt. 6.1.1) Für das Naturschutzgebiet sieht die Planung die Entwicklung von Auenwäldern sowie Entwicklung schlammiger Flussufer sowie Sandwälle vor. Hierzu wird eine Gebietsabgrenzung (Pläne S. 18 & 19) vorgeschlagen, die die linksrheinische Mittelwasserlinie des Rheinstromes, incl. Teile der Wasserbauwerke, beinhaltet. Dies kann seitens der WSV so nicht</p>	<p>Die Anregung ist berücksichtigt: Den hoheitlichen Aufgaben wird durch das Entwicklungsziel nicht widersprochen. Nach § 33 Landschaftsgesetz (LG) NRW sollen die gem. § 18 LG NRW</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>hingenommen werden. Die durch den Auenwald und Sandwälle veränderten Abflussverhältnisse bei höheren Abflüssen sind zu belegen/nachzuweisen.</p> <p>Weiterhin müssen alle Wasserbauwerke in dem Rheinabschnitt ohne Einschränkung durch das WSA unterhaltbar sein. Der LP erlaubt lt. Entwicklungsziel 1 (Seite 25) in Rheintalauen Maßnahmen nur, wenn sie dem Landschaftsschutz bzw. Erholung dienen. Diese Grundsätze und Ziele sind nicht vereinbar mit den gesetzlichen Regelungen, denen Bundeswasserstraßen unterliegen. Unterhaltung und Ausbau der Bundeswasserstraßen sind, wie vorab erläutert, gemäß Bundeswasserstraßengesetz Hoheitsaufgaben des Bundes.</p>	<p>dargestellten Entwicklungsziele (EZ) bei allen behördlichen Maßnahmen i. R. der dafür geltenden gesetzlichen Vorschriften berücksichtigt werden. Eine unmittelbare Rechtswirksamkeit gilt insofern für die EZ nicht.</p> <p>Die Zielerreichung soll innerhalb der Gebietsabgrenzung durch diverse Einzelmaßnahmen erfolgen. Hier ist insbesondere die Festsetzung 6.3.2.11 zu nennen. Die Einzelfestsetzungen werden hinsichtlich der hoheitlichen Aufgaben der WSV nur nach vorheriger Abstimmung im Einvernehmen realisiert.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Auch hier gelten die v. g. Ausführungen zur Rechtswirksamkeit von Entwicklungszielen des Landschaftsplanes. Im Übrigen bleiben Maßnahmen der ordnungsgemäßen Unterhaltung oberirdischer Gewässer im notwendigen Umfang gem. 6.2.1 f) von den Verboten für Naturschutzgebiete und gem. 6.2.2 e) von den Verboten für Landschaftsschutzgebiete</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Naturschutzgebiete (Pkt. 6.2.1; 6.2.2) In den Plänen (Seite 18-19) "Landschaftsplan Rhein-Kreis Neuss" sind Flächen der Bundeswasserstraße Rhein incl. Uferstreifen als "Naturschutzgebiete" bzw. "Landschaftsschutzgebiete" gekennzeichnet. Hier gilt das zum Punkt 6.1.1 gesagte analog. Der Rhein ist als Bundeswasserstraße durch Bundesrecht der Schifffahrt gewidmet (§ 1 WaStrG i.V.m. Nr. 37 und Nr. 46 der Anlage 1 zum WaStrG: §5 WaStrG). Die Ge-und Verbote, im Textteil unter dem Punkt 6.2.1 sind damit nicht vereinbar. Eine Zustimmung kann daher nicht erteilt werden.</p> <p>Befahren der Bundeswasserstraßen (6.2.1, Pkt. 15; 6.2.2) Bundeswasserstraßen sind gemäß § 5 WaStrG dem allgemeinen Verkehr mit Wasserfahrzeugen aller Art gewidmet. Diese widmungsmäßige Nutzung kann, da sie auf einer bundesgesetzlichen Regelung beruht, nicht durch landesgesetzliche Normen eingeschränkt werden (Art. 31 Grundgesetz). Ich weise ferner darauf hin, dass das Befahren der Bundeswasserstraßen in Naturschutzgebieten und in Nationalparks nach den §§ 23 und 24 des Bundesnaturschutzgesetzes gemäß § 5 Satz 3 WaStrG nur aufgrund einer durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im</p>	<p>unberührt.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Maßnahmen der ordnungsgemäßen Unterhaltung oberirdischer Gewässer im notwendigen Umfang bleiben gem. 6.2.1 f) von den Verboten für Naturschutzgebiete und gem. 6.2.2 e) von den Verboten für Landschaftsschutzgebiete unberührt.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Alle vor Inkrafttreten des Landschaftsplanes nach öffentlichem Recht zugelassenen oder rechtmäßig ausgeübten Nutzungen in ihrer bisherigen Art und im bisherigen Umfang bleiben gem. 6.2.1 g) von den Verboten für Naturschutzgebiete unberührt. 6.2.1, Pkt 15 bezieht sich hier auf das</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu erlassenden Rechtsverordnung geregelt, eingeschränkt oder untersagt werden kann, soweit dies zur Erreichung des Schutzzweckes erforderlich ist.</p> <p>Sanduferwälle in dem Naturschutzgebiet „Die Spey“ (Pkt. 6.3.2.11) Gegen den Erhalt der vorhandenen Strukturen ist nichts einzuwenden. Allerdings darf die Entwicklung (hier Höhe) nicht zu verändertem Abflussverhalten (hier verhinderte Ausuferung über Mittelwasser) führen.</p> <p>Wiederaufforstung mit bestimmten Laubholzanteil (Pkt. 6.4.1.7 und 6.4.1.8) Aus Sicht des WSA darf nicht die gesamte Hochwasser-Abflussfläche durch Aufforstungsmaßnahmen hydraulisch "dicht" gemacht werden. Möglichkeiten zur Abführung höherer Abflüsse wären z.B. Schneisen, Pflegen, Ausdünnen des Unterholzes.</p> <p>Untersagung einer bestimmten Form der Endnutzung (Pkt. 6.4.2.6). Da das betroffene Gebiet nicht genauer abgegrenzt wird (Plan Seite 19), aber bis zum Deich ausgewiesen wird, gelten auch hier die Bedenken zur Abführung der höheren Wasserabflüsse.</p>	<p>Abtragungsgewässer im NSG. Die genannte Unberührtheitsklausel gilt gem. 6.2.2 h) ebenso für Landschaftsschutzgebiete.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt: Die Entwicklung erfolgt nur nach vorheriger Abstimmung im Einvernehmen mit der WSV.</p> <p>Die Anregung kann nicht berücksichtigt werden: Die Festsetzungen betreffen hinsichtlich des Flächenumfanges die Erhaltung des Status Quo der derzeitigen Waldflächen. Diese Waldflächen sollen im FFH – Gebiet im Einvernehmen mit dem Landesbetrieb Wald und Holz durch Wiederaufforstung mit bodenständigen Baumarten zu naturnahen Auwäldern entwickelt werden.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Maßnahmen der ordnungsgemäßen Unterhaltung oberirdischer Gewässer im notwendigen Umfang bleiben gem. 6.2.1 f) von den Verboten für Naturschutzgebiete unberührt.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Gebietsspezifische Verbote (Pkt. 6.2.1.1) Der Rhein-Kreis Neuss endet bei Rhein-km 760,42 und nicht wie im Entwurf aufgeführt bei Rhein-km 760,57.</p> <p>6.5.8.1 Extensive Bewirtschaftung von Grünflächen Durch die Maßnahmen (z.B. extensive Bewirtschaftung von Grünflächen) darf kein erhöhter Unterhaltungsaufwand zu lasten der WSV entstehen.</p>	<p>Hinweis: Die kartographische Abgrenzung der Festsetzung ist durch die grün gestrichelte Linie vorgegeben.</p> <p>Die Anregung wird berücksichtigt: Die Angaben werden in den LP - Text übernommen.</p> <p>Die Bedenken sind berücksichtigt: Die Bewirtschaftungsfestsetzungen betreffen landwirtschaftliche Nutzflächen. Die Zielerreichung wird durch Vertragsabschlüsse mit den bewirtschaftenden Landwirten im Einvernehmen mit den Eigentümern angestrebt.</p>
2	Stadt Krefeld	<p>Da das FFH -Gebiet bereits seit 2004 gemeldet ist und keine über dieses Gebiet hinausgehenden Schutzausweisungen getroffen werden, sind keine städtebaulichen Planungen der Stadt Krefeld betroffen. Das Gebiet liegt im vorläufig ordnungsbehördlich festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Rheins. Neuanpflanzungen und die Unterhaltung der Gebiete müssen so durchgeführt werden, dass der Bewuchs nicht abflussbehindernde Größen erreicht und somit einen Wasserspiegelanstieg bei gleichem Abfluss bewirkt. Die Erläuterung: "Anpflanzungen in den Deichschutzzonen</p>	<p>Die Anregung ist berücksichtigt: Durch die LP – Änderung werden keine neuen Anpflanzungen festgesetzt.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		bedürfen der Genehmigung der Wasserbehörde" sollte in den allgemeinen Erläuterungen berücksichtigt werden und nicht nur für das Gebiet Englischer Garten.	
3	Bezirksregierung Düsseldorf	<p>Vielen Dank für Ihre Zuschrift vom 30.10.2012 und die Übersendung des Änderungsentwurfs zum o.a. Landschaftsplan. Meinen Anregungen im Schreiben vom 16.04.2012 i. R. der frühzeitigen Beteiligung sind Sie gefolgt, weitere fachliche Hinweise werden nicht gegeben.</p> <p>Aus dem Bereich Denkmalangelegenheiten wird darauf hingewiesen, dass sich im Plangebiet das Bodendenkmal "Nordkanal" befindet. Nur fragmentarisch ausgeführt ist der Kanal partiell in die Denkmalliste der jeweiligen Kommunen eingetragen, einige noch ausstehende Bereiche werden im Laufe des Jahres eingetragen. Um den Belangen des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen, wird gebeten, keine Maßnahmen am oder entlang des Denkmals ohne die Beteiligung des Dezernates 35.4 im Hause durchzuführen.</p> <p>Zur Wahrung sämtlicher denkmalrechtlicher Belange für die im Plangebiet weiteren Denkmäler wird gebeten, neben der Beteiligung des LVR - Amt für Denkmalpflege im Rheinland, Pulheim - und des LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Bonn - noch die zuständigen kommunalen Unteren Denkmalbehörden einzubinden.</p> <p>Das Sachgebiet Wasserwirtschaft macht darauf aufmerksam, dass die durch das Plangebiet betroffenen Flächen teilweise im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage "Werthhof" der SWK AQUA GmbH liegen, diese fördert an diesem Standort bereits seit 1977.</p> <p>Da bislang keine negativen Auswirkungen der Trinkwasserförderung auf die durch die 4. Änderung betroffenen Flächen beobachtet werden konnten, besteht aus dortiger Sicht keine Konkurrenzsituation zwischen Trinkwassergewinnung und Naturschutz und insofern keine Bedenken</p>	<p>Der Nordkanal befindet sich nicht im Planungsgebiet.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Die Stadt Meerbusch wurde als untere Denkmalbehörde im Verfahren beteiligt.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>gegen die 4. Änderung des Landschaftsplanes III. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das im Plangebiet angegebene FFH-Schutzgebiet "Die Spey" und auch die für die Erweiterung des Schutzgebietes vorgesehenen Flächen im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet des Rheins liegen. Die vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebietes des Rheins ist durch Veröffentlichung im Amtsblatt Nr. 23 am 17.06.2011 in Kraft getreten. In festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten gelten die besonderen Schutzvorschriften nach § 78 WHG.</p> <p>Der Verordnungstext und die zugehörigen Karten der vorläufigen Sicherung sind über die Internetseiten der Bezirksregierung einsehbar. (http://www.brd.nrw.de/umweltschutz/hochwasserschutz/ueberschwemmungsgebiete.html).</p> <p>Zu den fischereilichen Regelungen werden Bedenken gegen den vorgelegten Entwurf nicht erhoben, es wird jedoch angeregt, das vorgesehene Fischereiverbot für den Rheinstromabschnitt km 758,7 bis km 760,57 für die Zeit vom 15.03. bis 30.06.nochmals zu überprüfen.</p> <p>Durch den bestehenden hohen Besucherdruck auf den Rheinabschnitt an der Spey kann durch das Fischereiverbot eine merkliche Reduzierung von Störungen brütender Vögel nur erreicht werden, wenn das allgemeine Betretungsverbot, auch durch entsprechende Kontrollen, konsequent umgesetzt wird. Die Anzahl der Angler ist durch die Abgelegenheit vermutlich eher gering, ebenso beschränkt sich der Störeinfluss der Angler meist direkt auf die Uferlinie bzw. die Bühnenbauwerke. Eine bedeutende Störung von Laichaktivitäten lithophiler Fischarten und Neunaugen durch die Angelfischerei wird seitens der oberen Fischereibehörde nicht gesehen. Von Seiten des Dezernates 52 – Abfallwirtschaft – werden keine Bedenken erhoben.</p>	<p>Der Hinweis wird im Rahmen der Realisierungsmaßnahmen des Landschaftsplanes berücksichtigt.</p> <p>Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. Die Festsetzungen zu den fischereilichen Regelungen sind aus Artenschutzgründen erforderlich.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Abschließend darf ich auf folgendes hinweisen: Die Unterlagen habe ich im Rahmen meiner personellen Möglichkeiten durchgesehen, ein alle Daten und Erwägungen umfassende Prüfung ist mir indes nicht möglich. Die vorstehenden Hinweise erheben daher weder einen Anspruch auf Vollständigkeit noch nimmt diese von mir als Höhere Landschaftsbehörde koordinierte Stellungnahme das Ergebnis des späteren Anzeigeverfahrens nach § 28 Landschaftsgesetz NRW vorweg.</p>	
4	Erftverband	<p>Vielen Dank für die Beteiligung an o.g. Verfahren. Aus Sicht des Erftverbands bestehen keine Bedenken gegen die geplante 4. Änderung des Landschaftsplans III-Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich.</p>	
5	Thyssengas Erdgaslogistik	<p>Innerhalb der Plangebietsgrenzen der 4. Änderung des LP Teilabschnitt III - Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich - verläuft unsere o.g. der öffentlichen Versorgung dienenden Gashochdruckleitung mit einem Betriebsdruck über 16 bar. Die Gasfernleitung - besonders deren Betriebssicherheit - unterliegen den Bestimmungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG), sowie der Gashochdruckleitungsverordnung (GasHDrLtgV). Für die Betriebssicherheit der Leitung gilt das DVGW-Regelwerk (EnWG §49 Abs. 2.2 u. GasHDrLtgV §2 Abs.2) Gashochdruckleitungen werden nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet und betrieben. Für Gasfernleitungen aus Stahlrohren mit Betriebsdrücken ab 16 bar gilt das DVGW-Arbeitsblatt G 463. Die im Betreff genannte Gasfernleitung ist in einem Schutzstreifen verlegt, der grundbuchlich gesichert ist und welcher die räumlichen Voraussetzungen zur Überwachung nach dem DVGW-Arbeitsblatt G 466-1 schafft. Häufig verläuft parallel zu den Leitungen ein Betriebskabel. Wir können der 4. Änderung des Landschaftsplans nur dann zustimmen, wenn alle Maßnahmen, die gemäß den vorgenannten Vorschriften und den</p>	<p>Die Angaben werden im Rahmen von Realisierungsmaßnahmen berücksichtigt.</p> <p>Die Anregung ist berücksichtigt: Alle vor Inkrafttreten des Landschafts-</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>anerkannten Regeln der Technik erforderlich sind, von diesen Verboten unberührt bleiben. Bei Inkrafttreten des Landschaftsplanes müssen diese Maßnahmen den rechtmäßig ausgeübten Nutzungen und Tätigkeiten zugeordnet werden. Hierunter fallen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Regelmäßige Streckenbegehungen über der Trasse, oder so, dass die Linienführung im Blickfeld liegt. 2. Aufgrabungen im Zusammenhang mit Reparaturen oder Kontrollen an der Leitung. 3. Befahren mit Betriebsfahrzeugen außerhalb der Wege; nicht nur, wenn Gefahr im Verzuge ist. 4. Freihalten der Leitungstrasse von solchem Bewuchs, der eine ordnungsgemäße Überwachung der Leitung behindern und die Anlagen durch Wurzelwerk in Mitleidenschaft ziehen könnte (landwirtschaftliche Nutzung erlaubt). 5. Geräuschvolles Entspannen der Leitung bei Betriebsmaßnahmen. 6. Setzen von zusätzlichen Leitungsmarkierungen (Schilderpfählen), wenn das im Rahmen der Überwachung, besonders auch der Überwachung aus der Luft, erforderlich werden sollte. <p>Darüber hinaus beziehen wir uns auf das Bundesnaturschutzgesetz, wonach gemäß - Übergangs- und Schlussbestimmungen - Flächen, die der</p>	<p>planes nach öffentlichem Recht zugelassenen oder rechtmäßig ausgeübten Nutzungen in ihrer bisherigen Art und im bisherigen Umfang bleiben gem. 6.2.3 g) von den Verboten für Naturschutzgebiete unberührt.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>Versorgung dienen, in ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung nicht beeinträchtigt werden dürfen.</p> <p>Bei allen Maßnahmen, die in den Bereichen der Leitungsschutzstreifen durchgeführt werden, bitten wir aus Sicherheitsgründen vorher um Benachrichtigung unserer Betriebsstelle in Hamborn, Telefon 02 03/55 55-22 40, Herr Tost.</p>	<p>Die Hinweise werden im Rahmen von Realisierungsmaßnahmen berücksichtigt.</p>
6	Deutsche Bahn	<p>Die DB Services Immobilien GmbH, als von der DB Netz AG bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zu o.g. Verfahren:</p> <p>Nach Prüfung der uns übermittelten Unterlagen bestehen unsererseits keine Anregungen oder Bedenken bzgl. der o.g. Planung.</p>	
7	PLEdoc	<p>Im Rahmen unserer Prüfung Ihrer Anfrage haben wir den räumlichen Ausdehnungsbereich Ihrer Maßnahme in dem beigefügten Übersichtsplan dargestellt. Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Bitte überprüfen Sie diese Darstellung auf Vollständig- und Richtigkeit und nehmen Sie bei Unstimmigkeiten umgehend mit uns Kontakt auf.</p> <p>Der in der Anlage gekennzeichnete Bereich berührt keine Versorgungseinrichtungen der nachstehend aufgeführten Eigentümer bzw. Betreiber.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Grid Europe GmbH, Essen (ehemals E.ON Gastransport GmbH) • E.ON Ruhrgas AG, Essen • Ferngas Nordbayern GmbH (FGN), Nürnberg • Mittel-Europäische Gasleitungsgesellschaft mbH (MEGAL), Essen • Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Haan • Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG 	<p>Die vorgenommene Abgrenzung ist vollständig richtig.</p>

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
		<p>(NETG), Haan</p> <ul style="list-style-type: none"> • Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH (TENP), Essen <p>Diese Auskunft bezieht sich nur auf die Versorgungseinrichtungen der hier aufgelisteten Versorgungsunternehmen.</p> <p>Auskünfte zu Anlagen sonstiger Netzbetreiber (z. B. auch weiterer E.ON-Gesellschaften) sind bei den jeweiligen Versorgungsunternehmen bzw. Konzerngesellschaften oder Regionalcentern gesondert einzuholen.</p> <p>Nach unseren Unterlagen betrifft Ihre Mitteilung Kabelschutzrohranlagen der GasLINE GmbH & Co. KG, die von der Thyssengas GmbH - Kampstraße 49 in 44137 Dortmund - verwaltet werden.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich bzw. das Projekt erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Projektgrenzen überschreiten, so bitten wir um unverzügliche Benachrichtigung.</p>	<p>Der Hinweis wird im Rahmen der Maßnahmenrealisierung berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>
8	RWE Westfalen-Weser-Ems Netzservice GmbH	<p>Mit Ihrem Schreiben vom 30. Oktober 2012 teilen Sie uns unter Beifügung von Planunterlagen die o.g. Maßnahme mit.</p> <p>Durch die o.g. Maßnahme werden keine Erdgashochdruckleitungen der RWE-Westfalen-Weser-Ems Netzservice GmbH betroffen.</p> <p>Bitte weiterhin die RWE WWE, Abt. WSW-H-LH, Asset-Service Hochspannungsnetz, Rheinlanddamm 24, 44139 Dortmund, beteiligen.</p> <p>TOEB-Beteiligungen per E-Mail bitte an: (auskunft.gas@rwe.com).</p> <p>Gegen die o.g. Maßnahme bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken.</p>	
9	Sportbund Rhein-Kreis Neuss	<p>Nach Prüfung durch unseren Umweltbeauftragten Günter Debets haben wir keine Einwände zur Änderung des Landschaftsplanes.</p>	
10	Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.	<p>Soweit von Ihren Plänen kein jüdischer Friedhof betroffen ist, stimmen wir dem o.g. Bauvorhaben zu.</p>	<p>Von den Plänen ist kein jüdischer Friedhof betroffen.</p>
11	Handwerkskammer	<p>Anhand der uns vorliegenden Planunterlagen gelangen wir zu dem</p>	

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
	Düsseldorf	Ergebnis, dass die von uns zu vertretenden Belange nicht betroffen sind. Von daher tragen wir zu den vorgesehenen Änderungen keine Anregungen vor.	
12	Stadt Mönchengladbach	Für die Stadt Mönchengladbach melde ich Fehlanzeige.	
13	LVR – Amt für Denkmalpflege im Rheinland	Gegen die o.g. Planung werden von Seiten des LVR - Amt für Denkmalpflege im Rheinland keine Bedenken geltend gemacht.	
14	Gascade	<p>Wir danken für die Übersendung der Unterlagen zu o. g. Vorhaben. Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL NEL TRANSPORT GmbH.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v.g. Betreiber mit ein.</p> <p>Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass sich Kabel und Leitungen anderer Betreiber in diesem Gebiet befinden können. Diese Betreiber sind gesondert von Ihnen zur Ermittlung der genauen Lage der Anlagen und eventuellen Auflagen anzufragen. Die GASCADE kann nur für ihre eigenen Anlagen Auskunft geben und für die Anlagen der Anlagenbetreiber, welche GASCADE mit der Beauskunftung beauftragt haben (s.o.).</p> <p>Vom zusätzlichen Postversand dieser Mitteilung sehen wir ab.</p>	Der Hinweis wurde berücksichtigt: Im Beteiligungsverfahren wurden die betroffenen TÖB um Stellungnahme gebeten.
15	Wehrverwaltung	Unter Bezugnahme auf Ihre E-Mail vom 05.11.2012 teile ich Ihnen mit, dass - unter Berücksichtigung der von mir wahrzunehmenden Belange - meinerseits keine Bedenken gegen die Realisierung der o.a. Planung bestehen.	

Lfd. Nr.	TÖB	Anregungen und Bedenken	Stellungnahme der Verwaltung
16	Stadt Meerbusch	Die Stadt Meerbusch ist von der geplanten Änderung nicht betroffen, daher bestehen von hier keine Bedenken.	
17	Stadtwerke Düsseldorf	Die Überprüfung der uns zur Verfügung gestellten Unterlagen hat ergeben, dass sich in diesem angefragten Bereich keine Versorgungsanlagen der Stadtwerke Düsseldorf Netz GmbH befinden. Zur Information haben wir Ihnen unsere Bestandpläne Gas/Wasser/Fernwärme/Strom und die Schutzanweisung für erdverlegte Versorgungsanlagen Strom/Gas/Wasser/Fernwärme beigelegt.	
18	LANUV	Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange geben Sie uns Gelegenheit zu den geplanten Veränderungen Stellung zu nehmen. Hierzu teile ich Ihnen mit, dass aus landesweiter Sicht keine Bedenken bestehen und unter Hinweis auf mein Schreiben vom 6.3.2012 keine weiteren Anregungen erfolgen	Die Anregungen des Schreibens vom 6.3.2012 wurden berücksichtigt.
19	RWE Power AG, Abteilung Naturschutz/ Landschaftsplanung	Seitens der RWE Power AG bestehen keine Bedenken gegenüber der Anpassung des Naturschutzgebiets "Die Spey" an die bereits bestehenden FFH Grenzen.	
20	Bezirksregierung Düsseldorf, Dez. 32 Regionalentwicklung	Gegen die 4. Änderung des Landschaftsplanes des Rhein-Kreises Neuss, Teilabschnitt III - Meerbusch/Kaarst/Korschenbroich bestehen keine landesplanerischen Bedenken.	